

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser!

„Gewaltfrei auf dem Weg“ ist nicht nur das Thema unserer im November stattfindenden Tagung (Einladung S.3), sondern begleitet uns als Motto im Arbeitsalltag, bei all unseren Projekten und Aktionen.

Wir sind gewaltfrei auf dem Weg. Dieser Weg ist nicht immer einfach und nicht immer von den Erfolgen gekrönt, die wir uns gewünscht hätten, wie der „Prüfbericht“ zum Zivilen Friedensdienst von Pete Hämmerle und Thomas Roithner (S.4) zeigt.

Dennoch: Wir sind gewaltfrei auf dem Weg. Und nicht nur wir sind auf diesem Weg. Gewaltfrei Unterwegs-Sein heißt auch mit Weggefährten und Weggefährtinnen zu reden und von ihnen zu berichten. Von Olga Karach, der belarusischen Friedensaktivistin und Menschenrechtsverteidigerin, die selbst im Exil in Litauen, sich für Menschen einsetzt, die den Kriegsdienst verweigern (Interview S. 9). Von Yuval Moav, Itamar Greenberg und Oryan Mueller, die bereit sind für ihre Entscheidung gegen den Krieg(-sdienst) in Israel ins Gefängnis zu gehen (Interview S.14).

Unterwegs halten wir die Augen offen, sehen hin, wenn es um Stolpersteine und Erfolge geht (S. 12 und S. 18), finden Sackgassen und hilfreiche Wegweiser und hinterlassen hoffentlich Spuren, denen jene folgen können, die nach uns diesen Weg gehen.

Im November laden wir euch ein mit uns zu erkunden, wie das aussehen kann und wie wir aus multiplen Krisen zu einem nachhaltigen Frieden finden. Wir hoffen sehr, viele von euch dort zu sehen!

Lucia Hämmerle
für das Redaktionsteam

Inhalt

02 | Editorial, Impressum

03 | Gewaltfrei auf dem Weg. Aus multiplen Krisen zu nachhaltigem Frieden

Zur Tagung des Versöhnungsbundes von 15.-17.11.2024

04 | „Prüfbericht“ zum Regierungsvorhaben „Ziviler Friedensdienst“

von Pete Hämmerle und Thomas Roithner

09 | Menschenrechtsarbeit in einer vergifteten Situation

Interview mit Olga Karach, belarusische Friedensaktivistin und Menschenrechtsverteidigerin

12 | In welcher Währung notiert der Frieden? Über Entspannung und Abrüstung in Zeiten von Gewaltkonflikten und Aufrüstung

von Thomas Roithner

14 | „... denn das Wichtigste ist das Leben, nicht der Tod“

Die Kriegsdienstverweigerer Yuval Moav, Itamar Greenberg und Oryan Mueller erklären, warum sie bereit sind, ins Gefängnis zu gehen, um sich gegen den Krieg zu stellen

17 | Globale Aktion - Refuse War!

18 | Jenseits des großen Knalls

von Thomas Roithner und Fabian Hämmerle

19 | Aus unserer Leseliste

Information zu Mitgliedschaft und Abonnement:

- ▷ Abonnement der Zeitschrift Spinnrad: € 12
- ▷ Mitgliedschaft: € 50 (erm. € 30, Selbseinschätzung)
- ▷ unterstützende Mitgliedschaft: € 250
- ▷ fördernde Mitgliedschaft: € 500

Herstellerin: Print Alliance HAV Produktions GmbH, Druckhausstr. 1, 2540 Bad Vöslau;

Verlagspostamt: 1080 Wien

Bankverbindung: Raiffeisen Umweltcenter Günskirchen
BIC: RZ00AT2L129,
IBAN: AT36 3412 9000 0891 2305

Preis der Einzelnummer: € 3,-

Abonnement: € 12,- (Inland), € 15,- (Ausland)

Für Mitglieder des IVB kostenlos!

EINLADUNG



Gewaltfrei auf dem Weg. Aus multiplen Krisen zu nachhaltigem Frieden

Zur Tagung des Versöhnungsbundes von 15.-17.11.2024

Seit der letzten Dreijahrestagung des Versöhnungsbundes im November 2021 hat sich viel verändert – manche sprechen gar von einer „Zeitenwende“ in Hinblick auf den Krieg Russlands in der Ukraine, die Eskalation der Gewalt im Nahen Osten und die damit verbundenen weltweiten Konsequenzen bezüglich Militarismus, Aufrüstung und Instabilität.

Eine Kultur der Gewalt und eine militärische Sicherheitslogik breiten sich auf vielen gesellschaftlichen Ebenen wie selbstverständlich aus, während sogar kleine Schritte in Richtung einer aktiven Friedenspolitik wie der Zivile Friedensdienst in Österreich trotz Regierungsprogramm und intensiver Bemühungen nicht vom Fleck kommen. Die multiplen Krisen in unserer Welt und die vielfältigen Formen und Strukturen der Gewalt sind jedoch nicht neu, haben sich aber in den letzten Jahren weiter verschärft und bedrohen das (Über-)Leben der Menschheit, statt als Weckruf für ein Umdenken zu einem nachhaltigen Frieden zu dienen.

Wir sind nach wie vor der Überzeugung, dass ein Wandel zum Besseren, zu einer Kultur der Gewaltfreiheit und einer Logik des Friedens, nur auf dem Weg der aktiven Gewaltfreiheit als Grundhaltung und Methode erreicht werden kann. Dafür gibt es viele gelebte Ansätze und Beispiele, nicht nur in der Geschichte, sondern auch heute. Einige davon wollen wir bei der Tagung vorstellen, diskutieren und ausprobieren, um gemeinsam neuen Mut für unser zukünftiges Engagement zu schöpfen und so zur Stärkung von Frieden, Demokratie, Partizipation und einer wertschätzenden Debatte beizutragen. Radikal („an die Wurzel gehend“) gelebte Gewaltfreiheit – im Widerstand gegen lebenszerstörende Tendenzen, im Dialog auch mit anders Denkenden und im Aufbau konstruktiver Alternativen – war nie leicht. Gerade heute scheint sie aber notwendiger denn je!

Zum Auftakt der Tagung am Freitagabend wollen wir in einem öffentlichen Podiumsgespräch mit Claudia Brunner (Zentrum für Frie-

densforschung und Friedensbildung an der Universität Klagenfurt), Lea Suter (Pro Futuris und Forum für Friedenskultur – Schweiz) und Verena Winiwarter (wirkliches Mitglied der Österr. Akademie der Wissenschaften) über verschiedene Aspekte eines umfassenden und nachhaltigen Frieden sprechen.

Der Samstag steht im Zeichen des Austausches in mehreren thematischen Arbeitsgruppen und des praktischen Einübens von Gewaltfreiheit in zwei Workshops. Im Rahmen einer Feier am Samstagabend werden Schwerpunkte und Entwicklungen in der Arbeit des Versöhnungsbundes im Zentrum stehen. Am Sonntagvormittag gibt es eine Zusammenfassung von „Wegweisern für die Zukunft und deren Umsetzung“ sowie die Mitgliederversammlung und Vorstandswahl. Wir laden euch herzlich zur Teilnahme an der Tagung ein!

ANMELDUNG unter:

www.versoeohnungsbund.at/auf-dem-weg
Email: office@versoeohnungsbund.at
Tel.: 01 / 408 53 32

IMPRESSUM (alle anderen ungültig):

Verleger, Herausgeber: Internationaler Versöhnungsbund, österreichischer Zweig (IVB)

Redaktion: Irmgard Ehrenberger, Pete Hämmerle, Lucia Hämmerle, Thomas Roithner

Adresse: Lederergasse 23/3/27, A - 1080 Wien;

Tel.: 01/408 53 32;

Email: office@versoeohnungsbund.at

Website: www.versoeohnungsbund.at

Umschlagdesign & Layout: Lucia Hämmerle



„Prüfbericht“ zum Regierungsvorhaben „Ziviler Friedensdienst“

Von Pete Hämmerle und Thomas Roithner

Foto: IVB
Tripoli, Libanon



Analyse und Schlussfolgerungen aus Sicht des Internationalen Versöhnungsbundes

Im Regierungsprogramm 2020 – 2024 „Aus Verantwortung für Österreich“ vom Jänner 2020 steht im Kapitel Außenpolitik (S. 129): „Prüfung der Etablierung einer Mediationsfazilität im BMEIA und der Einrichtung eines österreichischen zivilen Friedensdienstes im Rahmen der Aktivitäten des BMEIA, jeweils unter Beiziehung der bestehenden Strukturen und entsprechender Ressourcenausstattung“. Das Fazit im Sommer 2024, kurz vor dem Ende der Legislaturperiode, lautet: Die Einrichtung eines österreichischen Zivilen Friedensdienstes ist (bisher) nicht erfolgt.

Wie es zu dieser höchst unerfreulichen Entwicklung gekommen ist und was sich daraus für Schlüsse ziehen lassen, möchten wir hier aus der gewaltfreien Sichtweise des Internationalen Versöhnungsbundes (IVB) nachvollziehen. Wir betrachten das als unseren Beitrag zu einem „Prüfungsbericht“, der Rechenschaft darüber ablegen sollte, wie alle Beteiligten mit der Umsetzung des Regierungsvorhabens Zi-

viler Friedensdienst (ZFD) umgegangen sind.

Phasen und Zielsetzungen für die Einführung eines ZFD in Österreich

1. Die Kampagne „Ich bin Friedensdiener:in“ (Mai bis Dezember 2019)

Nach jahrelanger Thematisierung des Anliegens ZFD in verschiedenen Formaten auf zivilgesellschaftlicher und staatlicher Ebene durch den Versöhnungsbund seit den frühen 1990er-Jahren bot sich mit der Neuwahl im Herbst 2019 die Gelegenheit, eine ‚Ein-Punkt-Kampagne‘ für die Einführung des ZFD durchzuführen. Als Instrument dazu diente ein knapper Gesetzesvorschlag und die Sammlung von Unterstützungserklärungen von wahlwerbenden Parteien bzw. Nationalratsabgeordneten einerseits, sowie Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kunst, Kirchen und österreichischen und internationalen Friedensbewegungen andererseits. Das Ziel der Kampagne war, den ZFD in einer allfälligen Regierungskonstellation explizit zu verankern.

2. Das Konzept ZFD und die öffentliche Verbreitung des Anliegens (Jänner – Juli 2020)

Schon bald nach Aufnahme der Regierungsgeschäfte wurden vom IVB Kontakte zu Abgeordneten der beiden Regierungsparteien wie auch mit Vertreter:innen des BM für Europäische und Internationale Angelegenheiten geknüpft und grundlegende Elemente und Erfahrungen zur möglichen Ausgestaltung eines ZFD präsentiert und diskutiert. Ab März 2020 konnte Thomas Roithner, der gemeinsam mit Pete Hämmerle hauptverantwortlich für die Kampagne zeichnete, teilszeit-angestellt werden. Doch Mitte des Monats kam ein erster unerwarteter Rückschlag in Form des Ausbruchs der Corona-Pandemie, die für längere Zeit die Aussichten auf einen baldigen Start des ZFD als illusorisch erscheinen ließ.

Nach mehrmonatigen Diskussionsprozessen trat der Versöhnungsbund am 3. Juni 2020 mit einem sechsseitigen Konzept, wie der ZFD in Österreich aufgebaut sein könnte, an politische Entscheidungsträger:innen heran. Darin wurde ZFD im Kern als „eigenständiges Instrument der österreichischen Außenpolitik und als Gemeinschaftswerk von Staat und Zivilgesellschaft konzipiert. Über den ZFD werden durch den Einsatz von Friedensfachkräften (FFK) lokale Partnerorganisationen in Krisen- und Konfliktgebieten in Fragen von Gewaltprävention und Verhinderung von Gewalt, ziviler Konfliktbearbeitung und Friedensförderung auf Augenhöhe unterstützt.“ Weiters wurden darin Aufbau, Struktur und Arbeitsweise des ZFD skizziert (Aufgaben der Akteur:innen von

Seiten der Zivilgesellschaft wie Koordinationskomitee, Entsendeorganisationen, lokale Partnerorganisationen, Friedensfachkräfte, wie von Seiten des Staates), sowie ein Entwicklungsplan mit einer Zeitlinie von 2020 – 2024, ein budgetärer Rahmen sowie Evaluierungskriterien vorgeschlagen.

Ziel dieses Konzepts war es, als Diskussionsgrundlage für eine grundsätzliche inhaltliche Verständigung „auf Augenhöhe“ von staatlichen und nichtstaatlichen Akteur:innen zu dienen. Auf parlamentarischer Ebene wurde dazu am 27. Mai ein Entschließungsantrag von Abgeordneten der Regierungsparteien eingebracht, der am 30.6. mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ, Grünen und Neos im Außenpolitischen Ausschuss angenommen und am 8.7. im Plenum diskutiert wurde. Außerdem fand am 6.7. ein von Abg. Ewa Ernst-Dziedzic (Grüne) initiiertes Treffen mit Vertreter:innen von Politik und Zivilgesellschaft im Parlament statt.

3. Entwicklung der Zuständigkeiten der Akteur:innen (Oktober 2020 – Juni/Oktober 2021)

Nach längeren Konsultationen trafen sich am 5.10.2020 Vertreter:innen von rund 15 zivilgesellschaftlichen Organisationen und gründeten das Koordinationskomitee (KoKo ZFD), in dem 8 NGOs mit Interesse an zukünftigen ZFD-Entsendungen vertreten sind: ASPR/ÖSFK Schlaining, Horizont 3000, Internationaler Freiwilligeneinsatz CÖ GmbH, Internationaler Versöhnungsbund, Jugend Eine Welt, Österreichischer Auslandsdienst, Service Civil International und Weltumspannend Arbeiten. Der Versöhnungsbund fungierte als zivilgesellschaftlicher Ansprechpartner des KoKo ZFD für die staatlichen Akteur:innen. BM Schallenberg wurde per Brief über die Gründung des KoKo als politischer Ansprechpartner informiert, und es wurden vier Arbeitsgruppen eingesetzt, die sich

in den Folgemonaten intensiv mit den Aspekten Ausbildung, Qualitätsstandards, Schwerpunktregionen/Einsatzorte und Kommunikation nach außen beschäftigten und vorläufige Umsetzungspläne erarbeiteten.

Von Seiten des BMEIA fand ab Jänner 2021 ein interner Klärungsprozess darüber statt, ob die Politische Sektion (II) oder die Entwicklungspolitische Sektion (VII) für den ZFD hauptzuständig sein sollte, und inwiefern die Austrian Development Agency (ADA) in die Durchführung des ZFD eingebunden werden sollte. In einem Treffen am 20.1. wurde erstmals der Vorschlag eines „ZFD-Pilotprojekts“ (ab Sommer 2021) als nächster Umsetzungsschritt der „Prüfung“ angesprochen, woraufhin vom KoKo wie vom BMEIA erste Ideen eingebracht wurden. Wiederholt wurde von zivilgesellschaftlicher Seite der eigenständige Charakter des Friedensdienstes (nicht als Teil der Entwicklungszusammenarbeit) und seine Unabhängigkeit von EZA-Vorgaben (Schwerpunktländer, Kofinanzierung) betont. Schließlich wurde die Zuständigkeit der Sektion II unter Beiziehung der ADA für die Abwicklung des ZFD festgelegt.

4. Der erste Anlauf: Armenien (Juni 2021 – Februar 2022)

Anfang Juni 2021 erreichte uns die Nachricht, dass das Kabinett des Außenministers sich für ein 1. ZFD-Projekt in Armenien – ohne genauere Spezifizierungen – ausgesprochen habe. Aufgrund mangelnder Kontakte und Expertise in Armenien unterbreitete das KoKo einen Alternativvorschlag für den Nahen/Mittleren Osten im Kontext des Krieges in Syrien, im Oktober erfolgte dennoch die Mitteilung, dass für Jänner 2022 ein ZFD-Projekt in Armenien mit einem Budget von 1,5 Mio. Euro für zwei Jahre von der ADA ausgeschrieben werden soll. Am 12. Februar 2022 teilte die Sektion II ohne nähere Angabe von

Gründen mit, dass das BMEIA das Armenien-Projekt nicht mehr weiterverfolge.

5. Der zweite Anlauf: Libanon (Februar 2022 – Februar 2024)

Stattdessen wurde nunmehr ein Projekt im Libanon als neue Möglichkeit ins Spiel gebracht, das bei einem Treffen des KoKo am 9.3.2022 befürwortet wurde und wofür das Austrian Center for Peace (vormals ASPR Schlaining) und der Versöhnungsbund mit der Erarbeitung eines Konzeptvorschlags beauftragt wurden, der im April in Kurzfassung beim BMEIA abgeliefert wurde. Aus einem Gespräch im BMEIA am 7. Juni entwickelte sich zunächst eine Zusage für eine dreimonatige Vorbereitungsphase für ein Projekt ab Mitte August mit einem Budget von 25.000 €, die u.a. mit der Durchführung einer fact-finding mission im September, der Rekrutierung einer ersten Friedensfachkraft (Field Team Manager) und der Ausarbeitung eines zwei- bis dreijährigen Projekts einhergehen sollte.

Während sich die Kommunikation über das ZFD-Projekt auf politischer Ebene zunehmend auf BMEIA und ACP reduzierte, waren auf operativer Ebene v.a. der ACP Project Manager, die als Field Team Manager vor Ort vorgesehene Friedensfachkraft sowie die beiden Vertreter des Versöhnungsbundes im Projektteam aktiv und führten auch die Reise nach Libanon von 20. – 25. bzw. 30. September durch, aus der nach zahlreichen Gesprächen in Beirut und Tripoli schließlich das Projekt „Supporting Peacebuilding Capacity in Tripoli/Lebanon“ entwickelt und im Oktober 2022 beim BMEIA eingereicht wurde.

Ziel des Vorhabens war es, die Fähigkeit zum nachhaltigen Friedensaufbau in der Stadt Tripoli durch die Förderung eines konstruktiven Dialogs und gemeinsamer Aktionen zu stärken, die auf gemeinsamen In-





teressen und geteilter Verantwortung über politische, religiöse und zivilgesellschaftliche Grenzen hinweg aufbauen. Um dies zu erreichen, sollte das Projekt einerseits den Weg für einen konstruktiven Dialogprozess zwischen religiösen, politischen und zivilgesellschaftlichen Führungspersonlichkeiten in der Stadt ebnen, der zur Entwicklung eines Programms zum Friedensaufbau führt, und gleichzeitig die dringlichsten Bedürfnisse menschlicher Sicherheit in der Stadt anzugehen; andererseits sollte das Projekt die Institutionalisierung und organisatorische Entwicklung einer bereits bestehenden Plattform, der Taskforce für Tripoli, unterstützen, die von einflussreichen Führungspersonlichkeiten initiiert wurde, die in ihrer Stadt einen bedeutsamen Wandel bewirken wollen.

Nach der offiziellen Einreichung des Projektantrags gemäß ADA-Formular und Richtlinien folgten weitere Rückfragen und Diskussionsrunden zwischen BMEIA, ACP und IVB über die jeweiligen Rollen und die daraus folgende Aufteilung der Budgetmittel, die in Summe deutliche Kürzungen bei den Mitteln für den Versöhnungsbund zur Folge hatten. Parallel dazu wurde das Kabinett des Ministers nochmals mit dem Projektantrag befasst, was schließlich im Juli trotz Bedenken seitens der ADA zum „Abschluss der politischen Willensbildung“ und einer „Weisung“ des BMEIA zur

Durchführung des Projekts an die ADA führte. Diese legte in einem Treffen mit dem ACP (in Abwesenheit des IVB) am 29. August 2023 eine 29 Punkte umfassende Liste vor, wie der Projektantrag nochmals zu überarbeiten wäre, was als Zwischenlösung zu einem Zwei-Phasen-Modell (6 Monate Einführungsphase, 18 Monate Implementierungsphase) führte. Der neue Projektvorschlag war schließlich Ende Oktober fertig und ein Projektstart mit 1.12.2023 wurde von der ADA zugesagt.

Inzwischen änderte sich die Situation in der Region durch die Eskalation der Gewalt seit dem 7. Oktober 2023 dramatisch, was sich auch auf die Sicherheitslage im (Süd-)Libanon auswirkte. Dennoch sollte das im Norden des Libanon angesiedelte ZFD-Projekt in Tripoli zunächst planmäßig weitergeführt werden. Anfang Dezember wurde neuerlich eine erste Friedensfachkraft rekrutiert und zwei weitere Stellen ab März anvisiert, noch am 20.12. sollte der definitive Projektstart mit 15.1.2024 der ADA übermittelt werden. Am 22.12. wurde dem ACP von der Sektion II des BMEIA mitgeteilt, dass aufgrund von anti-israelischen Tweets des TFT-Ansprechpartners eine Umsetzung des Projekts in dieser Konstellation nicht mehr möglich sei. Noch in einer amtssignierten Antwort der Sektion II vom 18.1.2024 an die Kassierin des IVB hieß es jedoch, dass „auf Grund der aktuellen Konfliktsi-

tuation gewisse Verzögerungen nicht auszuschließen [sind]. (...) wir sind sicher, in absehbarer Zeit einen für alle Seiten gedeihlichen Abschluss finden zu können.“ Am 6.2.2024 erfolgte schließlich die schriftliche Mitteilung des ADA-Geschäftsführers, dass „nach einer sorgfältigen Abwägung inhaltlicher, programmatischer und finanzieller Faktoren hinsichtlich unserer Förderkriterien und Richtlinien eine Förderung leider nicht möglich [ist]. Des Weiteren hat sich die Sicherheitslage in der Region und im Libanon aufgrund des brutalen Terroranschlags der Hamas in Israel am 7. Oktober 2023 wesentlich verschlechtert.“

Somit war auch diese zweijährige, zeit- und ressourcenintensive Arbeit für die Umsetzung eines ersten ZFD-Projekts aus politischen und administrativen Gründen letztlich nicht von Erfolg gekrönt. Die Sektion II des BMEIA und das ACP Schlainig erklärten daraufhin, das Projekt ZFD nicht mehr weiter verfolgen zu wollen.

6. Der dritte Anlauf: Kolumbien (Jänner bis Sommer 2024)

Parallel zur bis hierher geschilderten offiziellen Schiene und als eigene „Vorleistung“ für einen ZFD hatte der Versöhnungsbund in Zusammenarbeit mit Horizont 3000 schon ab November 2020 den Einsatz einer Friedensfachkraft im Nordwesten Kolumbiens organisiert. Das Projekt „Friedenspräsenz in Antioquia“, das der IVB seit 2006 entwickelt und durchgeführt hatte, wurde durch dieses von der ADA kofinanzierte Projekt zum Schutz bedrohter Friedensgemeinschaften und Menschenrechtsverteidiger:innen inhaltlich auf die Stufe eines ZFD gehoben, wenn auch nicht unter diesem Label durchgeführt. Nach dem Aus für das Libanon-Projekt setzten der Versöhnungsbund und Horizont 3000 auf die in Kolumbien vorhandene Expertise, um kurzfristig noch einen in der laufenden Legislatur-

ZFD

ZFD

periode realisierbaren Alternativvorschlag für einen ZFD auf politischer und operativer Ebene einbringen zu können.

Schon im Jänner 2024 war nach einem Treffen der FFK mit dem österreichischen Botschafter in Bogotá ein Ideenpapier für ein ZFD-Projekt in Kolumbien entstanden, auf dessen Grundlage in regelmäßigen Treffen ab Februar zuerst ein dreiseitiges Konzept und dann ein ausformulierter Vorschlag für das Projekt „tierra y paz. Schutz von Landrechts-, Umwelt- und Friedensinitiativen im Nordwesten Kolumbiens“ ausgearbeitet wurden. Besondere Bedeutung erlangte die Idee wegen der Ermordung von zwei Mitgliedern der Friedensgemeinde San José de Apartadó am 19.3.2024, sowie durch die Verleihung des Florian-Kuntner-Preises der Erzdiözese Wien und den Österreich-Besuch von zwei Mitgliedern der Friedensgemeinde. Am 3. Juni wurden der Projektantrag sowie eine adaptierte Kurzfassung an die Sektion II übermittelt. Am 3. Juli 2024 erfolgte die telefonische Absage an Horizont 3000, dass das Kabinett das Projekt nicht befürworte und zeitlich auch kein Spielraum mehr für eine Alternative bestehe. Seither gab es noch Bemühungen auf Ebene der Regierungsparteien, um letzte Chancen für einen Umsetzungsschritt noch in der laufenden Legislaturperiode auszuloten.

Woran ist die Umsetzung des ZFD gescheitert?

Im Konfliktfall spielt aus gewaltfreier Sicht eine umfassende und wahrhaftige Analyse der Konfliktsachen eine zentrale Rolle. Deren Ziel sind nicht Schuldzuweisungen an die eine oder andere Konfliktpartei, sondern das bessere Verstehen der Entwicklungen und daraus sich ergebende Vorgangsweisen. In diesem Sinn soll hier zunächst versucht werden, die wichtigsten Konfliktpunkte konkret zu benennen,

um dann die Beiträge der Hauptakteur:innen darzustellen.

1. Der Zivile Friedensdienst ist bis heute nicht umgesetzt

Dieses Ergebnis gilt bislang sowohl in Bezug auf den ZFD als „neues Instrument der österreichischen Außenpolitik“ im Sinne einer institutionellen Verankerung (Gesetz, Entwicklungsplan, Budget, etc.) wie auch auf die später erfolgte Konzentration auf ein erstes (Modell-) Projekt. Besonders beim fast zwei Jahre vorbereiteten Projekt im Libanon gab es konkrete Zusagen, auf deren Grundlage z.B. Vereinbarungen mit lokalen Partnerorganisationen in Tripoli getroffen, zwei Personen als Friedensfachkräfte rekrutiert sowie hunderte Arbeitsstunden v.a. von Seiten der österreichischen Projektträger:innen, aber auch von anderen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Stellen, investiert wurden. Zwar kann hier wohl nicht von einem „Vertragsbruch“ im juristischen Sinn gesprochen werden, doch erfolgte die detaillierte Planung des Projekts „in gutem Glauben“ an die Versicherung des Zustandekommens eines ersten ZFD-Projekts bis hin zur Nennung konkreter Daten für den Einsatzbeginn.

2. Fehlende Transparenz in der Entscheidungsfindung und Kommunikation

Trotz der Bekanntgabe der formalen Zuständigkeit der Sektion II des BMEIA für den ZFD war für uns im IVB oft nicht klar, auf welcher Ebene und nach welchen Kriterien grundlegende Entscheidungen getroffen wurden. Das im ZFD-Konzept 2020 angedachte „Gemeinschaftswerk von Staat und Zivilgesellschaft“ spiegelte sich auf der operativen Ebene der Projektvorschläge wider, allerdings kaum in Fragen über die Auswahl und Entscheidungsabläufe zu den Projektregionen (Armenien, Libanon), der Abwicklungsmodalitäten (die Rolle und eigenständige Befugnis der

ADA) oder der Verzögerung und letztlich Ablehnung der eingebrachten Anträge.

3. Mangelnde Einbeziehung/ Wertschätzung der IVB-Beiträge

Mit dem vorigen Punkt verbunden ist die Erfahrung, dass das Bedürfnis nach Anerkennung und Wertschätzung der Arbeit, die der Versöhnungsbund für den ZFD geleistet hat, auf verschiedenen Ebenen nicht ausreichend Entsprechung gefunden hat. Ohne das Engagement des IVB für die Einführung eines ZFD in Österreich und die über viele Jahre erworbene Expertise im Bereich des zivilen Peacekeeping und Peacebuilding wäre es nicht gelungen, dieses Vorhaben im Regierungsprogramm unterzubringen und so ausführlich öffentlich zu präsentieren. Leider wurde diese Vorreiterrolle zunehmend weniger anerkannt. Begründet wurde diese Entwicklung einerseits damit, dass der ZFD nur in einer Projektlogik, mit zeitlich beschränktem Anfangs- und Enddatum, ermöglicht und die zuvor geleistete Arbeit deshalb nicht (finanziell) einbezogen werden könne, andererseits wissen wir einfach nicht, ob nicht auch die konsequent gewaltfreie Ausrichtung und die relative Kleinheit der Organisation hier eine gewisse Rolle spielten.

Die wichtigsten Akteur:innen und ihre Beiträge zum ZFD

Im Sinne der gewaltfreien Konfliktanalyse und um in einen Dialog zu treten ist es wichtig, die positiven wie die negativen Beiträge der Beteiligten zur (Nicht-)Erreichung definierter Ziele so objektiv wie möglich darzustellen und daraus eine Beurteilung des Geschehenen und mögliche weitere Vorgangsweisen abzuleiten. Aus Platzgründen kann dieser Teil hier nicht ausgeführt werden, er ist jedoch in der Vollversion des Berichts auf unserer Webseite (www.versoehnungsbund.at/zfd-bericht) nachlesbar.



Der ZFD als Prüfung

Eine Prüfung kann nicht nur eine Leistungsfeststellung oder die Erfüllung bestimmter Kriterien und Normen zum Inhalt haben, sondern in einem übertragenen Sinn auch ein Test für das Festhalten an eigenen ethischen Motiven und den daraus folgenden Konsequenzen sein. Das soll hier kurz unter dem Aspekt des „Do no harm“-Ansatzes, einer zentralen Leitlinie für konfliktsensibles Handeln von externen Akteur:innen, beleuchtet werden.

Da die beantragten Projekte nie bis in die Umsetzungsphase gelangten, spielte die Reduktion möglichen Schadens auf der Durchführungsebene schlussendlich keine Rolle. Inwiefern durch das Nichtzustandekommen des ZFD in Armenien, Libanon oder Kolumbien direkter Schaden angerichtet wurde, lässt sich aufgrund fehlender Evaluierung nicht feststellen, wobei die ausgearbeiteten Projekte des Peacebuilding in Tripoli bzw. der Friedenspräsenz in Antioquia großes Potenzial für eine anhaltende Verbesserung der Konfliktsituation hatten. Inwiefern sich die Absagen negativ auf das Ansehen der Republik Österreich auswirkten, kann unsererseits ebenfalls nicht beurteilt werden.

Definitiv Schaden angerichtet wurde auf der Ebene der österreichischen Organisationen bzw. der Personen, die sich intensiv in die Planung der Projekte einbrachten, namentlich das Austrian Center for Peace, Horizont 3000 und der Internationale Versöhnungsbund sowie die bereits verpflichteten Friedensfachkräfte, die dadurch auch finanzielle Einbußen in Kauf nehmen mussten. Dem Versöhnungsbund war und ist die Einführung des ZFD als Instrument einer aktiven österreichischen Friedenspolitik ein Herzensanliegen, wofür er wesentliche konzeptionelle und methodische Kapazitäten, Arbeitszeit und Ressourcen einsetzte – durchaus im

Bewusstsein, dass vieles davon selbst bei einem Gelingen des Vorhabens als „Eigenleistung“ zu Buche stehen würde. Allein in den vergangenen vier Jahren seit 2020 fanden mindestens 70 interne persönliche oder Online-Treffen auf verschiedenen Ebenen (Büroteam, Vorstand, KoKo, Projektteams, politische und ministerielle Kontakte) statt, rund 50 Vorträge mit Bezügen zum ZFD, 40 eigene Publikationen (Zeitungsartikel, Buchbeiträge, Blogs) und 20 Interviews und Medienbeiträge in TV und Radio sowie Gastkommentare in Printmedien. Ab März 2020 wurde der Friedensforscher Thomas Roithner für die Agenden des Zivilen Friedensdienstes vom Versöhnungsbund angestellt, zunächst auf Teilzeitbasis, ab 2023 in der plausiblen Annahme des baldigen Zustandekommens des ZFD mit einer Vollzeitanstellung, die wir leider mit Jahresbeginn 2024 wieder reduzieren mussten. Auch in dieser Hinsicht sind wir also in den letzten Jahren durch eine „Zeit der Prüfung“ gegangen, die uns vor große Herausforderungen gestellt hat.

Was bleibt vom Zivilen Friedensdienst?

Auf der Ebene der Projektplanung konnten viele Erkenntnisse aus der Friedens- und Konfliktforschung auf ihre Anwendbarkeit in zwei konkreten gesellschaftlichen Kontexten (Libanon und Kolumbien) hin spezifiziert werden, wobei die praktische Erprobung leider ausblieb. Trotzdem bleiben diese Erfahrungen und Fragen für die Konzeption zukünftiger Projekte, in welchem Rahmen auch immer, erhalten. Wie kann in Zusammenarbeit von lokalen Partnerorganisationen („ownership“) und international tätigen NGOs ein Beitrag zu einer friedlichen Konflikttransformation gestaltet werden, sodass er auch für das tägliche (Über-) Leben der Betroffenen Wirkung zeigt? Wieviel Risiko und Gefahrenpotenzial für alle Beteiligten

in Gewaltkontexten ist mit solchen Einsätzen notwendigerweise verbunden und wie können sie minimiert werden, ohne dadurch handlungsunfähig zu werden?

Bezüglich der Zusammenarbeit von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteur:innen besteht die Herausforderung, unterschiedliche Denkweisen zusammen zu bringen. Wie können berechnete Interessen österreichischer Außenpolitik und der Fokus auf Rechte und Bedürfnisse von Gewalt betroffener Menschen in Krisenregionen berücksichtigt werden – nicht von „außen“ oder „von oben herab“, sondern unter Einhaltung von Prinzipien aus der Humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit wie Menschlichkeit, Unabhängigkeit und Nicht-Parteilichkeit? Wie kann Zusammenarbeit gelingen, wenn nicht geplante Einflüsse von außen die Situation verändern und Flexibilität und Offenheit für Neuerungen in Projektablaufen notwendig sind?

Was als Grundlage des Vorhabens ZFD ebenfalls Bestand hat, ist unsere Überzeugung, dass viel mehr zivile Mittel der Konfliktbearbeitung dringend nötig und sinnvoll wären. Dafür braucht es ausreichenden politischen Willen zu einer „Friedenspolitik mit friedlichen Mitteln“ (etwa im Sinn einer österreichischen Friedensstrategie) und finanzielle Ressourcen. Das Konzept für einen ZFD als neues Instrument der Außenpolitik ist jedenfalls da, es ist in den letzten fünf Jahren politisch und öffentlich bekannter gemacht worden, der IVB hat gemäß seiner Überzeugung, dass „nichts umsonst ist, was im Sinne der aktiven Gewaltfreiheit getan wird“, seine Beiträge geleistet. Jetzt fehlt nur noch, dass der Zivile Friedensdienst in naher Zukunft doch noch praktisch umgesetzt wird.

Pete Hämmerle und Thomas Roithner arbeiten beim Int. Versöhnungsbund - österr. Zweig

Foto: IVB
Platz der Menschenrechte, Wien



Menschenrechtsarbeit in einer vergifteten Situation

Interview mit Olga Karach, belarusische Friedensaktivistin und Menschenrechtsverteidigerin

Olga Karach gründete in Belarus die Menschenrechtsorganisation Nash Dom (Unser Haus). Nachdem sie in Belarus durch das Regime verfolgt wurde, verließ sie das Land 2014 und führte die Organisation von Litauen aus weiter.

Du hast nach langem Hin- und Her eine weitere Aufenthaltsgenehmigung für Litauen bekommen. Wo waren die Schwierigkeiten?

Es war eine sehr seltsame Situation. Ich habe meine neue Aufenthaltsgenehmigung am 8. Mai beantragt und das Migrationsamt musste mir bis zum 8. August eine Antwort geben, weil sie innerhalb von vier Monaten entscheiden müssen. Aber vor diesem Datum schickten sie mir die Nachricht, dass sie einige Informationen von einer staatlichen Institution nicht erhalten haben, und sie stoppten das ganze Verfahren. Seit dem 24. August war ich dann illegal in Litauen. Es war sehr stressig, weil sie wissen, wo ich bin, und sie können kommen und nachsehen. Das haben sie auch getan. Am 16. August kamen sie früh am Morgen mit einer Videokamera in meine Wohnung, ohne eine Erklärung abzugeben, und stellten Fragen, obwohl ich mich zu diesem Zeitpunkt noch legal im Land aufhielt. Die Leute waren auch nicht vom Migrationsamt, sondern von der Grenzschutzbehörde, die für Abschiebungen zuständig ist. Ich wusste das nicht, weil sie mir sagten, sie seien vom Migrationsamt, aber mein Anwalt überprüfte das. Vor diesem Besuch hatte ich einige seltsame Anrufe von der Migrati-

onsbehörde. Sie fragten, ob ich in Litauen sei oder nicht, und ich solle es beweisen. Dann bekam ich eine Aufenthaltserlaubnis für ein Jahr. Sie können eine Erlaubnis für drei Jahre erteilen, aber ich habe nur ein Jahr bekommen, also muss ich nach acht Monaten einen neuen Antrag stellen. Sie versuchen, ein toxisches Umfeld zu schaffen, in dem ich mich permanent unter Druck fühle. Das andere Problem ist, dass mein Mann mehrere Monate lang illegal im Land war. Er hat nur eine Aufenthaltserlaubnis für fünf Monate erhalten. Seine Genehmigung läuft am 1. Januar 2025 aus. Danach kann er seine Aufenthaltsgenehmigung nicht mehr verlängern, weil sein Reisepass abgelaufen ist. Dies ist ein ungelöstes Problem, denn er kann nicht nach Belarus zurückkehren. Er würde sofort verhaftet werden. Nach europäischem Recht könnte die Situation sehr leicht gelöst werden, wenn er politisches Asyl bekäme.

Unsere Familie ist kein Einzelfall. Es ist unglaublich, wie die litauische Migrationsbehörde und das Ministerium für nationale Sicherheit so viele Dinge tun, die gegen europäisches Recht verstoßen. Zum Beispiel in Bezug auf die Manipulation mit der Bedrohung der nationalen Sicherheit in Litauen. Wir wissen nicht, wie viele Bela-



rus:innen als Gefahr für die nationale Sicherheit eingestuft werden, zuletzt waren es etwa 2.500 von den insgesamt ca. 62.000 Belarus:innen, die in Litauen leben. Sie werden einfach abgestempelt, weil sie zum Beispiel vor langer Zeit in einer Bank gearbeitet haben oder bei der Feuerwehr tätig waren. Diese Einstufung bedeutet, dass es sehr schwer ist, in anderen Ländern politisches Asyl zu bekommen oder einen legalen Status zu erhalten. Vor allem politische Aktivist:innen sind sehr deprimiert und enttäuscht. Sie alle haben an den Protesten in Belarus im Jahr 2020 teilgenommen, weil sie an die europäischen Werte glaubten. Sie bekommen das Gefühl, dass ihr Kampf für die Menschenrechte keinen Sinn hat. Mit dieser Art von Verhalten hat Litauen die Aktivitäten der Belarus:innen zunichte gemacht. Selbst Veranika Tsepkala, das zweite Gesicht der belarusischen Revolution, wurde bei ihrer Ankunft in Litauen mit ihren Kindern in der Nähe ihres Hotels von litauischen Kräften entführt und ohne jegliche Erklärung nach Lettland deportiert. Der Fall von Veranika war der erste Fall, und als ich davon hörte, glaubte ich nicht, dass so etwas möglich ist, aber jetzt weiß ich, dass in Litauen alles möglich ist.

Wir versuchen, uns um solche Fälle zu kümmern. Es ist aber für die Menschen schwierig öffentlich zu sprechen. Wenn sie über ihre eigenen Fälle in Litauen sprechen, geraten ihre Verwandten in Belarus ins Visier des KGB. Um die Situation in Belarus aber zu ändern, brauchen wir eine starke Zivilgesellschaft im Exil. Aber nach dem Stress in Litauen haben die Menschen jetzt keine Kraft und Energie, weiterzumachen.

Igor Lednik, ein Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, mein Kollege und Menschenrechtsverteidiger, starb in einem belarusischen Gefängnis an Folter, vier Tage nach dem Tod von Alexei Nawalny in einem russischen Gefängnis unter ähnlichen Umständen. Igor widmete sein Leben der Rechenschaftspflicht des belarusischen Regimes, sammelte Beweise für Folter und Misshandlung und half Opfern politischer Repression. Er hätte fliehen können; ich habe ihn persönlich mehrfach gedrängt, nach Litauen zu fliehen. Igor sagte: „Olga, wenn ich verhaftet werde, Sorge dafür, dass meine Verhaftung der Welt die erschreckende Menschenrechtslage in Belarus zeigt.“ Igor starb am 20. Februar 2024 in einem belarusischen Gefängnis.

Du hattest einen Gerichtsprozess in Abwesenheit in Belarus. Wie ist der ausgefallen?

Ich wurde am 9. Juli dieses Jahres zu 12 Jahren Gefängnis verurteilt, gemeinsam mit Veranika Tsepkala,

Yauhen Vilski, Anatoli Kotau und Vadzim Dzmitrenak, offiziell wegen „Verschwörung zur Machtergreifung mit verfassungswidrigen Mitteln“, „Förderung extremistischer Aktivitäten“ und „Diskreditierung der Republik Belarus“. Allerdings bin ich seit dem 15. März 2020 in Vilnius. Das hing mit Covid 19 zusammen, weil die EU die Grenzen schloss. Als Mensch mit 50% Behinderung brauche ich intensive medizinische Behandlung. Ich musste mich entscheiden, ob ich meine Arbeit in Belarus ohne medizinische Behandlung fortsetzen oder alles, was ich kann, in Vilnius organisieren sollte. Also beschlossen wir innerhalb der Organisation, uns aufzuteilen, einige blieben in Belarus und ich bin in Vilnius. In Wirklichkeit habe ich also nicht an der belarusischen Revolution 2020 teilgenommen. Natürlich habe ich auf vielfache Weise geholfen, aber ich habe nicht aktiv teilgenommen. Mein nächster Prozess wird wegen Terrorismus sein. Mir wird vorgeworfen, dass ich im Auftrag von Angela Merkel, der ehemaligen deutschen Bundeskanzlerin, einen russischen Fernmeldeturm in Belarus gesprengt habe. Ich habe Angela Merkel nie im Leben getroffen, aber Lukaschenka hat öffentlich darüber gesprochen. Tatsächlich ist kein russischer Militärturm in Belarus explodiert. Für Terrorismus bekommt man in Belarus 25 Jahre Gefängnis oder die Todesstrafe.

Meine Kollegin, eine Mutter von zwei Kindern und Menschenrechtsverteidigerin bei „Unser Haus“, **Kristina Shatikova**, wurde mitten auf der Straße in Minsk von KGB-Agenten entführt. Drei Tage lang suchten wir nach Kristina, während ihre kleinen Kinder nach ihrer Mutter riefen. Schließlich fanden wir sie; der KGB hatte Kristina gewaltsam in eine psychiatrische Klinik in Mogiljow gebracht und ihr psychotrope Medikamente verabreicht. Kristinas leuchtend rotes Haar rettete sie; ein Passant erkannte sie und notierte die Nummer des Autos, als sie von den KGB-Agenten weggezogen wurde.

Was erwartest du von der Europäischen Union?

Ich erwarte mehrere Dinge. Zunächst einmal muss die Europäische Union ihre Versprechen einlösen. Als wir die belarusische Revolution begannen, gab es viele Versprechen auf Hilfe von Seiten der EU. Wir haben keine Hilfe erhalten.

Zweitens brauchen wir einen klaren Aktionsplan, wie wir Demokratie in Belarus erreichen können. Denn jetzt gibt es eine Art Monopol einer politischen Struktur, die nichts tut. Sie kämpft für den Status quo. Ich meine Swjatlana Zichanouskaja und ihr Team. Sie bieten keine Strategien an und verwenden sogar ausländisches Geld, um

Bei den Wahlen 2010 wurden meine Kolleginnen und Menschenrechtsverteidigerinnen von „Unserem Haus“, **Maria Voinova** und **Kristina Shatikova**, verhaftet und in einem Polizeirevier schwer geschlagen. Ich kam ins Polizeirevier und konnte nach vielen Überredungen einen Beamten überzeugen, ihnen einen Schokoriegel zu übergeben. Als ich gefragt wurde, „Wie soll ich sagen, von wem es ist?“ antwortete ich leise, „Sag, es ist von einer Schwester.“

Vier Monate später wurde ich ebenfalls verhaftet. Das belarusische Regime beschuldigte mich des Terrorismus, da Terrorismus in Belarus die Todesstrafe nach sich zieht, und es war eine einfache Möglichkeit, „Unser Haus“ loszuwerden. Neben mir wurden 18 Aktivisten von „Unser Haus“ festgenommen. Ich wurde im Polizeirevier schwer geschlagen und im Detail darüber informiert, wie ich vergewaltigt werden würde.

Ich war erschüttert, schockiert und verängstigt. Ich saß in der Zelle, unfähig, mich von den Schmerzen und der Demütigung zu erholen. Doch plötzlich öffneten sich die Zellentüren, und ein Beamter überreichte mir schweigend ein Paket. „Was ist das?“ fragte ich misstrauisch. „Es ist von einer Schwester,“ antwortete der Beamte.

Ich nahm die Schokolade und mein Herz wärmte sich. Ich traf meine „Schwester“ erst am nächsten Tag. Natürlich hatte ich sie vorher nie gekannt. Aber ich erinnere mich noch immer an die Kraft und Stärke, die mir meine „Schwester“ durch diesen Schokoriegel geschenkt hat.

andere, unabhängige Organisationen anzugreifen. Für mich ist es sehr wichtig, dass wir einen klaren Aktionsplan für Veränderungen entwickeln. Das ist der einzige Weg, um die sehr depressive belarusische Zivilgesellschaft zu mobilisieren. Zuerst brauchen wir nukleare Abrüstung, denn Belarus hat jetzt seit einem Jahr Atomwaffen [Es handelt sich dabei um in Belarus stationierte russische Atomwaffen, Anm. d. Red.]. Zweitens die sehr wichtige Frage der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen. Das ist eine strategische Frage, damit die belarusische Armee nicht in die Ukraine geht und dort kämpft. Die EU ist nicht gewillt, uns beim Aufbau einer Infrastruktur zu helfen, um belarusischen Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren zu helfen.

Die belarusische Zivilgesellschaft hat mehrere Stimmen. Ich verstehe, dass es manchmal kompliziert ist, aber wenn nur eine Stimme das Monopol hat, ist das ein großes Problem. Ein weiteres Beispiel dafür, dass die Zivilgesellschaft ausgeschlossen wird: Swjatlana Zichanouskaja und ihr Team setzen sich für Wirtschaftssanktionen gegen Belarus ein. Unter die Sanktionen fallen auch elektronische Insulinpumpen für Kinder, die an Diabetes leiden. Die belarusische Propaganda ist darüber sehr erfreut und jede:r Diabetespatient:in in Belarus weiß, dass diese Sanktion wegen der Arbeit von Swjatlana Zichanouskaja geschieht. Wie ist es möglich, dass keiner der Leiter:innen der belarusischen Gefängnisse, die für Tötungen und Folter verantwortlich sind, auf der Liste der Sanktionen steht, aber Pumpen für kranke Kinder? In der belarusischen Zivilgesellschaft gibt es eine Menge vergifteter Situationen. Wir brauchen Raum und Unterstützung, um uns auf unsere eigene Weise zu entwickeln.

Wenn Menschen in Belarus politisch aktiv sind, werden sie inhaftiert. In der Regel trifft das die Männer, die in unserer traditionellen Gesellschaft die Hauptquelle des

Geldes sind. Die Familie verliert den Hauptverdiener und die Ehefrauen oder Mütter der politischen Gefangenen müssen arbeiten, um die Familie zu erhalten, aber sie müssen auch zusätzliches Geld für Pakete für die Gefangenen haben. Wenn man das Leben der Gefangenen ein bisschen besser machen will, muss man Kleidung, Schuhe, Hygieneartikel, Lebensmittel und Zigaretten schicken. Das Essen in den Gefängnissen ist sehr schlecht, die Menschen haben Mangelerscheinungen, und Zigaretten sind die Währung in den Gefängnissen. Ein Paket kostet zwischen 300 und 600 Euro, allerdings sind viele politische Gefangene ohne jede Hilfe. Die Gefangenen müssen arbeiten, aber sie erhalten manchmal nur einen Euro pro Monat. Im Gefängnisladen kostet eine Schachtel Zigaretten 2,50 Euro. Also bringen Menschen, die sich politisch gegen das Regime engagieren, ihre Familien in große Schwierigkeiten. Deshalb fühlen sich die Leute nicht motiviert, weiterzumachen, weil es eine Art Selbstmord ist.

Das Interview führte Irmgard Ehrenberger. Die Auszüge in den Kästen sind einer Rede von Olga Karach entnommen, die sie am 13. September 2024 in der St. Marienkirche in Berlin hielt. Am 13. September 1964 predigte Martin Luther King in eben dieser Kirche. Die Rede kann nachgelesen werden unter: <https://news.house/de/63045>





In welcher Währung notiert der Frieden?

Über Entspannung und Abrüstung in Zeiten von Gewaltkonflikten und Aufrüstung

Von Thomas Roithner

Es gehört seit Jahren zum kleinen Einmaleins in der internationalen Politik, dass sich die Welt in Machtübergängen befindet und sich neue Allianzen formieren. Die gute Nachricht: wir haben Regeln und Institutionen, um damit umzugehen. Die schlechte Nachricht: diese werden zunehmend weniger beachtet. Vertrauen als zentrale Währung der Weltordnung schwindet und das Durchsetzen von nationalen und Bündnis-Interessen ist Trumpf.

An Friedensplänen und postulierten Kernpunkten für Frieden in der Ukraine hat es besonders seit 2022 von Seiten der transatlantischen Politik und Diplomatie nicht gemangelt. Eine Reihe von Friedensplänen sehen in der letzten Realisierungsphase keinen ganz kleinen Brocken: Emmanuel Macron nannte 2022 eine neue Sicherheitsarchitektur, Italiens Außenminister Luigi di Maio schlug am Ende des Weges einen Europäischen Sicherheitspakt vor und auch der vielbeachtete Vorschlag zum Verhandlungsfrieden von Peter Brandt, Hajo Funke, Harald Kujat und Horst Teltschik skizziert in der abschließenden Phase die Ausarbeitung einer europäischen Sicherheits- und Friedensordnung.

Eine Reihe von Fahrplänen – auch US-amerikanische wie jene von Richard Haass und Charles Kupchan – misst der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) eine Rolle zu. Nur genau dazu braucht es die Stärkung von Instrumenten und Institutionen von Frieden und Sicherheit in Gesamteuropa.

Institutioneller Pluralismus

Der zur Charta von Helsinki 1975 führende Entstehungsprozess hatte nicht nur ein geopolitisches Schönwetterprogramm. Der Kerngedanke: alle KSZE-Staaten zwischen Vancouver und Wladiwostok sitzen am Tisch und es wird im Konsensprinzip entschieden. Der Vorteil ist

gleichzeitig ein Nachteil: Konsens heißt, dass ein Staat blockieren kann, und ja, nicht jeder Knatsch wird gerade wertschätzend ausgetragen. Dennoch hat die OSZE vor dieser Phase des Krieges in gut zwei Jahren über 3000 lokale Waffenruhen vermittelt.

Die Erfolgsbilanz hat weitere Schönheitsfehler. Im Jahr 2021 verfügte die OSZE über ein Jahresbudget von 138 Millionen Euro einschließlich der Operationen im Feld. Während in Deutschland dreistellige Milliardenbeträge für Aufrüstung debattiert werden, so wendet Österreich neben vergangenen Budgeterhöhungen in den nächsten vier Jahren rund 18 Milliarden Euro auf. Rüstungsbudgets sind auch

Ausdruck politischer Prioritätensetzungen.

Österreich orientiert – wie auch andere EU-Staaten – Sicherheit stark an der EU. Trotz aktiver Amtssitzpolitik – allein in Wien sind etwa 40 internationale Organisationen angesiedelt – bleibt die OSZE hinter ihren Möglichkeiten bzw. wird ihr keine zentrale Rolle zugedacht. Freiwillige Solidarleistungen Österreichs für die OSZE betrugen 2021 gerade mal 6 % der Kosten eines einzigen Pandur-Panzers. Österreich plant die Anschaffung von 225 Stück.

Wien verfügt als einziger EU-Staat über einen Sitz der UNO. Alle Staaten sitzen in der Generalversammlung und alle haben sich nach der UN-Charta auf ein völkerrechtliches Gewaltverbot, Instrumente friedlicher Streitbeilegung oder territoriale Integrität verständigt. Europäische Sicherheitspolitik hat heute einen Fokus auf Abschreckung, Aufrüstung, Waffenlieferungen und Sanktionen. Jüngste SIPRI-Daten zu Waffentransfers und Militärausgaben zeigen Europa hochdynamisch. Möglichkeiten multilateraler und inkludierender Institutionen bleiben ausbaufähig. Von ihrer Stärkung oder Reform im Sinn des Gewaltverbots ganz zu schweigen. Immer öfter ist von „regelbasierter internationaler Ordnung“ die Rede ohne zu erklären, was diese vom Völkerrecht unterscheidet.

Die Vereinten Nationen sind nicht nur für die Prävention und Transformation von gewaltsam ausgetragenen Konflikten von zentraler Bedeutung, sondern auch für Maßnahmen gegen den Klimawandel und den damit verbundenen Risiken. Besonders die Betroffenen müssen mit an den Verhandlungstisch.

Rüstung

In den letzten Jahren sind zahlreiche Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträge aufgekündigt worden oder erodiert. Der Vertrag über das Verbot von Mittelstreckensystemen

(INF-Vertrag) ging 2019 perdu. Die USA wie Russland sind aus dem Vertrag über den Offenen Himmel (Treaty on Open Skies) 2020 und 2021 ausgestiegen und der Vertrag über die Begrenzung strategischer nuklearer Kapazitäten (New-START) wurde von Russland 2023 ausgesetzt. Aus dem 1992 zwischen den KSZE-Staaten in Kraft getretenen Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) ist – nach vielfachen gegenseitigen Vorwürfen – Russland 2023 ausgetreten und die NATO-Staaten haben diesen ausgesetzt.

Ab den späten 1990ern wird der Mangel an Vertrauen und Transparenz zunehmend sichtbar. Die Sicherheitslage für Europa wird folglich instabiler und die Weltuntergangsuhr steht heute auf 90 Sekunden vor Mitternacht. Zentrale Fragen über Obergrenzen von Waffensystemen und Truppen und wie dies glaubwürdig kontrolliert werden kann, werden sich spätestens nach Ende des Krieges gegen die Ukraine stellen. Im OSZE-Rahmen erzielte und mittlerweile erodierte Verträge werden in ihrer Intention eine Wiederbelebung erfordern.

Humanitäre Abrüstung

Neben der Drohung mit Atomwaffen, der wiederkehrenden Debatte über die EUropäisierung bestehender Nuklearpotenziale oder der Ausdehnung der nuklearen Teilhabe der NATO trat 2021 der Atomwaffenverbotsvertrag in Kraft. Im Mittelpunkt steht die menschliche Sicherheit und nicht ausschließlich die Sicherheit von Staaten. Nicht nur die ständigen Mitglieder im UN-Sicherheitsrat mit Atombombenarsenalen sind gefragt, sondern jeder Staat in der UN-Generalversammlung hat eine Stimme. Demokratisierung wurde umfassend verstan-

den und zivilgesellschaftliche Akteure und Wissenschaft nahmen in Debatten einen wichtigen Platz ein. Diese Erweiterung des humanitär begründeten Abrüstungsdiskurses ermöglichte nicht nur den Atomwaffenverbotsvertrag (2021), sondern auch das Verbot von Antipersonenminen (1999) und das Übereinkommen über Streumunition (2010). Ende April diskutierten in der Wiener Hofburg über 140 Staatenvertreter:innen unter aktiver Beteiligung der Zivilgesellschaft, wie eine Regulierung autonomer Waffensysteme ausgestaltet werden kann.

Vertrauen

Vertrauensbildung ist dem KSZE- und OSZE-Prozess eingeschrieben. Intention war stets, dem Gegenüber zu versichern, dass keine Absicht besteht, Konflikte militärisch auszutragen. Die „Wiener Dokumente“ über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM) der frühen 1990er-Jahre sind rechtlich nicht bindend und fokussieren den Austausch, Information und Beobachtung von Waffen, Personal, Doktrinen oder Budgets. Russland nimmt seit 2022 nicht mehr teil.

In einer auf Sieg und Niederlage zugespitzten Ukraine-Debatte sind Diplomatie, Abrüstung in Europa, inkludierend wirkende Institutionen und Vertrauensbildung aus dem Zentrum gerückt. Weitsichtige Friedensfahrpläne suchen heute die Stärkung jener Instrumente und Akteure, die menschliche Sicherheit verfolgen. In einem großen Bild geht es gemäß der UN-Charta darum, die „kommenden Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren“. Schon längst sollten wir ausrechnen, in welcher Währung der Frieden eigentlich notiert.

Quelle: Roithner Thomas: In welcher Währung notiert der Frieden? Über Entspannung und Abrüstung in Zeiten von Gewaltkonflikten und Aufrüstung, in: Netzwerk Friedenskooperative (Hrsg.): Ein großer Krieg in Europa?, FriedensForum 4/2024, 37. Jahrgang, Bonn 2024, Seite 48 – 49.



„... denn das Wichtigste ist das Leben, nicht der Tod“

Die Kriegsdienstverweigerer Yuval Moav, Itamar Greenberg und Oryan Mueller erklären, warum sie bereit sind, ins Gefängnis zu gehen, um sich gegen den Krieg zu stellen.

Anfang August meldeten sich drei 18-jährige Kriegsdienstverweigerer im Rekrutierungszentrum Tel Hashomer der israelischen Armee in der Nähe von Tel Aviv und erklärten, dass sie sich aus Protest gegen die Besatzung und den gegenwärtigen Krieg gegen den Gazastreifen weigern, zur Armee zu gehen. Yuval Moav, Oryan Mueller und Itamar Greenberg wurden jeweils vor Gericht gestellt und zu je 30 Tagen Haft im Militärgefängnis verurteilt, die wahrscheinlich verlängert wird. Die einzigen anderen Kriegsdienstverweiger*innen, die sich seit dem 7. Oktober aus politischen Gründen öffentlich der Militärdienstpflicht verweigert haben - Tal Mitnick, Ben Arad und Sophia Orr - wurden kürzlich nach Verbüßung von Haftstrafen von insgesamt 185 Tagen, 95 Tagen bzw. 85 Tagen aus der Armee entlassen.

Die drei jüngsten Verweigerer - die von dem Netzwerk für Kriegsdienstverweigerung (Mesarvot) durch den Verweigerungsprozess begleitet werden - gaben vor ihrem Erscheinen vor dem Militärgericht jeweils eine Erklärung ab. Greenberg, der in der ultra-orthodoxen Stadt Bnei Brak aufgewachsen ist, sagte, er habe die Einberufung ursprünglich als eine Möglichkeit gesehen, sich besser in die israelische Gesellschaft zu integrieren, bevor er erkannte, dass „die Tür in die israelische Gesellschaft mit der Unterdrückung und dem Töten eines anderen Volkes verbunden ist“. Er fügte hinzu: „Eine gerechte Gesellschaft kann nicht auf Gewehrläufen aufgebaut werden.“ Moav richtete seine Erklärung an die Palästinenser*innen. „Mit meiner einfachen Tat

möchte ich mich mit Ihnen solidarisch erklären“, sagte er. „Ich gebe auch zu, dass ich nicht die Mehrheitsmeinung in meiner Gesellschaft vertrete. Aber ich hoffe, mit meiner Aktion die Stimme derjenigen von uns zu stärken, die auf den Tag warten, an dem wir eine gemeinsame Zukunft [und] eine Gesellschaft aufbauen können, die auf Frieden und Gleichheit und nicht auf Besatzung und Apartheid beruht.“

Mueller sprach davon, dass Rache der Motor für den Kreislauf des Blutvergießens sei. „Der Krieg in Gaza ist die extremste Art und Weise, wie der Staat Israel den Drang nach Rache ausnutzt, um Unterdrückung und Tod in Israel-Palästina voranzutreiben“, sagte er. „Der Kampf gegen den Krieg ist nicht genug. Wir müssen auch die strukturellen Mechanismen bekämpfen, die ihn ermöglichen.“

Mehrere Dutzend Menschen unterstützten die Verweigerer bei einer Demonstration vor dem Rekrutierungszentrum am Montagmorgen, als Moav sein Urteil erhielt. In der Nähe protestierten auch heftig Hunderte von ultraorthodoxen Juden (Haredim) am ersten Tag ihrer Militärdienstpflicht nach dem bahnbrechenden Urteil des Obersten Gerichtshofs vom letzten Monat, das eine jahrzehntealte Ausnahmeregelung für das Militär aufhob.

Die Haredim hielten die linken Demonstranten zunächst für Säkularisten, die gegen sie demonstrieren wollten, aber die beiden Gruppen von Demonstrant*innen fanden bald eine gemeinsame Basis in ihrer gemeinsamen Ablehnung des Militärs. „Die heilige Thora verbietet

uns den Krieg, die Besatzung und das Militär“, sagte ein ultraorthodoxer Demonstrant unter dem Beifall der Unterstützer*innen der Verweigerer. „Wir dürfen die [nicht-jüdischen] Nationen nicht provozieren, wir müssen Kompromisse eingehen, denn das Wichtigste ist das Leben, nicht der Tod.“

Bevor sie ins Gefängnis kamen, sprachen die drei Jugendlichen mit dem Magazin +972 und Local Call über die Gründe für ihre Weigerung, die Reaktionen ihres Umfelds und die Aussichten, mehr Israelis von ihrer Position zu überzeugen. Das Gespräch wurde aus Gründen der Länge und Klarheit gekürzt.

Wie seid ihr zu der Entscheidung gekommen, euch dem Dienst zu verweigern?

Mueller: Ich wurde in Tel Aviv geboren, und meine gesamte politische Bildung begann bereits in meinem Elternhaus. Ich stamme aus einer Familie, die der Besatzung und anderen politischen Problemen kritisch gegenübersteht, aber es war dennoch ein zionistisches Elternhaus, und meine ganze Familie diente in der Armee. Es wurde erwartet, dass auch ich dienen würde. Aber dann lernte und verstand ich mehr, und als der Krieg ausbrach [und ich] die Berichte aus dem Gazastreifen las, wurde mir klar, dass ich mich verweigern musste. Ich glaube, die Brutalität hat [für mich] die Vorstellung untergraben, dass man zwischen der Besatzung auf der einen Seite und dem Staat Israel auf der anderen Seite unterscheiden kann und dass dies verschiedene Dinge sind. Das Ausmaß der Zerstörung und des Todes

im Gazastreifen und die mangelnde Aufmerksamkeit, die dem in Israel zuteil wird - oder die Art und Weise, in der es aktiv verheimlicht wird - haben diese Dissonanz aufgebrochen.

Greenberg: Nachdem ich in einem ultra-orthodoxen Elternhaus aufgewachsen war, durchlief ich Prozesse der politischen und religiösen Infragestellung. Ich bin aus der Religion ausgetreten, und da ich von klein auf ein sehr politischer Mensch war, hat mich das in Richtung Gerechtigkeit gelenkt, und so bin ich dahin gekommen, wo ich heute bin. Ich denke, die Entscheidung, mich zu verweigern, ist eine direkte Folge davon.

In einer ultraorthodoxen Familie ist es angeblich keine große Sache, nicht zu dienen, aber ich bin mit einem Vater aufgewachsen, der 25 Jahre lang in der Reserve diente, und selbst jetzt ist er seit 10 Monaten in der Reserve. Das hat großen Einfluss auf die Atmosphäre zu Hause. Es ist nicht leicht. Ich spreche nicht mit ihnen darüber, weil ich weiß, wie schmerzhaft es ist. Das ist es, was mich an dem ganzen Prozess am meisten stört. Der wahre Preis für die Verweigerung ist nicht das Gefängnis, sondern das, was draußen passiert. Ich Sorge mich um den Preis, den [meine Familie] zahlen muss, weil sie es nicht verdient hat. Ich versuche, sie nicht zu sehr zu verletzen.

Moav: Ich stamme aus Kfar Netter, einer Siedlung in der Nähe von Netanya. Wie Oryan bin ich in einer links-zionistischen Familie aufgewachsen, aber in einem weniger politischen Elternhaus. Sie haben eine Rolle dabei gespielt, wer ich bin, aber meine Ablehnung kam nicht von dort. Die Wahrheit ist, dass ich das Glück hatte, internationale Kontakte zu haben, die es mir ermöglichten, meine Meinung über den Ort, an dem ich lebe, zu ändern.

Mir wurde klar, dass ich wirklich nicht wusste, was hier vor sich ging.

Sobald ich mich dafür interessierte und Fragen stellte, sah ich, dass ich allein war: Mir wurde klar, dass ich nicht zur Armee gehen konnte, weil es sich um eine Besatzungsarmee handelt, und obwohl ich wusste, dass es andere gab, die sich weigerten, fühlte ich mich mit meiner Erfahrung und dem Grund für meine Entscheidung völlig allein. Dann hörte ich von Verweigerern, von Mesarvot, von Menschen, die sich outen und ihre Wahrheit sagen und dafür einen Preis zahlen, und mir wurde klar, dass ich dazugehöre, dass ich nicht allein bin. Wenn du mich fragst, warum ich mich heute dem Dienst in der Armee verweigere, ist die Antwort letztlich, dass ich mich weigere, an einem Völkermord teilzunehmen. Ich bin [für meine Entscheidung] mit Gewalt konfrontiert worden, aber ich mache weiter. Der Krieg hat meine Position nur gestärkt.

Hat das Erleben der Besatzung aus erster Hand eure Entscheidung beeinflusst?

Greenberg: Ich bin im Westjordanland aktiv [in Solidaritätsaktivitäten], vor allem im Dorf Mukhmas [eine palästinensische Gemeinde, die regelmäßig von der Armee unterstützte Siedlergewalt erlebt]. Die Anwesenheit im Westjordanland verändert die Wahrnehmung, macht einen mit der Besatzung und der Unterdrückung vertraut und verwandelt einen vom Zuhörer in einen physischen Partner in dieser Erfahrung. Ich erlebe es zwar nicht selbst, aber ich habe Freund*innen, die täglich mit Unterdrückung konfrontiert sind, mit Menschen, die sie aus ihren Häusern vertreiben wollen. Wenn man es mit eigenen Augen sieht, geht es nicht mehr weg. Ich laufe hier herum, aber mein Kopf ist dort.

Mueller: Ich habe es nicht miterlebt, aber im Gegensatz zum größten Teil der israelischen Gesellschaft war ich Zeugenaussagen aus der Praxis ausgesetzt, haupt-

sächlich online. Ich bin in Foren für politische Diskussionen aktiv. Wenn ich versuche, mit Menschen, die diese Berichte nicht kennen, darüber zu sprechen, stoße ich auf eine riesige Mauer, die die Israelis von dem trennt, was fünf Kilometer südlich von ihrem Wohnort geschieht. Ich weiß nicht, welche Art von kulturellem Umbruch nötig wäre, damit sie anfangen, die Berichte aus Gaza in den israelischen Nachrichten zu sehen; im Moment sehen wir sie einfach nicht. Wenn man darüber reden kann, muss man es tun: über das Ausmaß der Zerstörung und des Todes in Gaza, über die Unterdrückung und darüber, wie tief die Wurzeln der Apartheid im Westjordanland sind. Es gibt eine Grenze, wie viele [Videos von] Kindern ohne Arme man sehen kann, bis man merkt, dass etwas nicht stimmt.

Moav: Mein Prozess war eher persönlich. Der Hauptgrund für meine Radikalisierung hat mit der israelischen Gesellschaft und ihrer Undurchsichtigkeit zu tun. Letztendlich habe ich beschlossen, mich nicht zu melden, weil ich über meine internationalen Kontakte mit anderen Inhalten konfrontiert wurde. Ich bin zu der Erkenntnis gelangt, dass ein durchschnittlicher Israeli weniger darüber weiß, was zwei Kilometer von seinem Haus entfernt passiert, als eine Person, die im Ausland Zugang zum Internet hat, und dass man bei vielen Menschen, die älter sind als man selbst, die einen eigentlich beschützen sollten, auf keinerlei Verständnis stößt.

Seht ihr eure Kriegsdienstverweigerung als einen Versuch, die israelische Gesellschaft zu beeinflussen - vor allem in dem heutigen extremen Umfeld, in dem viele keine Lust haben, auf Antikriegsstimmen zu hören?

Greenberg: Ich denke, dies ist eine wichtige Botschaft an die israelische Gesellschaft: anzufangen, Nein zu sagen. Ich fordere meine



Mitstreiter*innen auf, darüber nachzudenken, was sie da tun. Die Einberufung ist eine politische Entscheidung, und so sollte sie auch behandelt werden. Wir haben das Recht zu entscheiden, woran wir glauben.

Mueller: Verweigerung bedeutet, der israelischen Gesellschaft einen Spiegel vorzuhalten, vor allem um zu zeigen, dass es möglich ist, sich der militaristischen Todesmaschinerie und dem Kreislauf des Blutvergießens zu widersetzen. Wir müssen da nicht mitmachen. Es ist auch eine Art Plattform, die es ermöglicht, der israelischen Gesellschaft zu zeigen, was jenseits dessen passiert, was man in den Medien sieht. Die Medien zeigen ja nicht wirklich, was in Gaza und im Westjordanland passiert.

Moav: Im Gegensatz zu meinen Freund*innen bin ich weniger optimistisch, was die Auswirkungen unserer Arbeit auf die israelische Gesellschaft angeht, und letztendlich ist es für mich auch weniger wichtig. In erster Linie tue ich dies aus Solidarität mit dem palästinensischen Volk und in der Hoffnung, diejenigen von uns zu stärken, die auf den Tag warten, an dem wir eine gemeinsame Zukunft aufbauen können. Mein Aufruf richtet sich jedoch in erster Linie an das palästinensische Volk.

Es ist jedoch sehr wichtig für mich, dies auch für die Menschen zu tun, die ich liebe, um ihnen zu zeigen, dass es einen anderen Weg gibt. Ich kann nur hoffen, dass die Menschen innehalten und nachdenken, wenn sie Waffen tragen und aufgefordert werden, Dinge zu tun, die sie vielleicht nicht tun wollen. Ich hoffe auch, dass es die Welt erreicht, denn schließlich sehen Menschen aus der ganzen Welt die Schrecken, die in Gaza geschehen.

Greenberg: Ich denke, unsere wichtigste Botschaft an die palästinensische Gesellschaft ist, dass es hier Menschen gibt, die kämpfen,

vielleicht nicht genug, aber doch kämpfen, und die bereit sind, einen sehr hohen persönlichen Preis dafür zu zahlen, dass sie sich für Gerechtigkeit und Gleichheit einsetzen.

Mueller: Es gibt das größere Bild des Konflikts und der Besatzung als einen ganzen historischen Prozess, aber es gibt auch den unmittelbaren Kampf des Krieges und des Todes, der beendet werden muss. Und der praktischste Weg, sich an diesem Kampf zu beteiligen, ist die Kriegsdienstverweigerung.

Im Gegensatz zu vielen früheren Verweigerern habt ihr eure Kriegsdienstverweigerung in Kriegszeiten erklärt. Glaubt ihr, dass dies der Entscheidung zu sätzliche Bedeutung verleiht?

Greenberg: Wir hatten eine Diskussion über das Privileg der Kriegsdienstverweigerung, und ich denke, dass Verweigerung im Krieg wirklich ein Privileg ist. Aber Verweigerung ist auch der stärkste Akt, den wir angesichts des Krieges tun können.

Mueller: Wenn ich einen Israeli davon abhalten kann, nach Gaza zu gehen, zu töten und zu sterben, dann ist es das wert. Und natürlich wollen wir den Kampf gegen die Besatzung unterstützen und fördern. Die Veränderung des israelischen Bewusstseins während des Krieges macht unsere Verweigerung zu etwas, das noch stärker außerhalb des gesellschaftlichen Bewusstseins liegt als in der Vergangenheit. Wir stellen uns gegen die israelische Gesellschaft und sagen: „Nein, wenn wir den Tod von vornherein verhindern können, brauchen wir keine Denkmäler für die Toten zu bauen.“

Moav: Am Ende ist es für mich am wichtigsten zu sagen, dass ich mich weigere, an einem Genozid teilzunehmen. Apropos Privileg: Ich gehe nicht mit gutem Gewissen ins Ge-

fängnis, weil ich nicht weiß, ob ich genug tue, ich weiß nicht, was meine Verantwortung in dieser Situation ist. Ich erkenne, dass jüngere Menschen und Kinder in meinem Alter im Gazastreifen und im Westjordanland etwas Ähnliches wie ich nicht tun können; Sie haben keine Möglichkeit sich dazu zu entscheiden, sich zu weigern, eine Waffe in die Hand zu nehmen, das nach außen zu kommunizieren und damit zu versuchen, die Situation beider Völker zu verbessern.

Ist eure Kriegsdienstverweigerung auch ein Statement gegen den Militarismus, der sich in Israel seit dem Krieg weiter verschärft hat?

Moav: Ja. Wir sind Menschen des Friedens. Aber es gibt hier etwas Größeres, einen Prozess, der die Gesellschaft korrumpiert. Wir sind eine Gesellschaft, die angesichts von Verbrechen solchen Ausmaßes schweigt. Es ist eine Gesellschaft, in der das Einzige, was ich als Mensch dagegen tun kann - so schmerzhaft es auch ist, das zu sagen - mich von ihr zu trennen. Wenn es meiner Fähigkeit, die israelische Öffentlichkeit zu erreichen, schadet, wenn ich immer wieder sage, dass ich mich weigere, mich an einem Genozid mitschuldig zu machen, oder diesen Satz überhaupt auszusprechen, dann soll es so sein.

Greenberg: Es ist ein bisschen kompliziert. Ich würde wirklich gerne ja sagen, denn ich denke, dass Militarismus eines der schlimmsten Dinge ist. Im Alter von 12 Jahren beschloss ich, zur Armee zu gehen, weil ich erkannte, dass dies mein Weg war, mich in die israelische Gesellschaft zu integrieren, und ich glaube, das war eine der genauesten Beobachtungen, die ich je gemacht habe. Es ist eine große Ungerechtigkeit für alle, die in dieser Gesellschaft aufgewachsen sind. Ist das der Weg, um dazuzugehö-

ren? Leider lautet die Antwort ja. Aber die öffentliche Verweigerung hat auch einen militaristischen Aspekt, um für einen guten Grund zu mobilisieren, nur für einen anderen.

Habt ihr euch auf das Gefängnis vorbereitet? Habt ihr mit Verweigerern gesprochen, die bereits Strafen verbüßt haben?

Mueller: Bei Mesarvot gibt es eine Rolle, die man Begleiter*in nennt: ein*e ehemalige*r Verweiger*in, der/die im Gefängnis gesessen hat und dem/der zukünftigen Verweiger*in hilft, sich vorzubereiten - sei es, um sich mental auf die Schwierigkeiten im Prozess, der zur Inhaftierung führt, vorzubereiten, sei es, um das Leben im Gefängnis zu verstehen, um Tricks zu lernen, die den Alltag erleichtern können, um die Gesetze, die Verfahren und die Routine zu kennen.

Ist es wie ein vormilitärisches Vorbereitungsprogramm?

Greenberg: Ein Vorbereitungskurs auf die Entlassung - das ist der Traum.

Moav: Der wichtigste Tipp war: Je mehr du redest, desto mehr wirst du verarscht.

Bücher und CDs sind im Gefängnis erlaubt, wenn sie am Eingang kontrolliert und genehmigt werden. Was werdet ihr mitbringen?

Mueller: Zunächst einmal: „Israelis und Palestinians: From the Cycle of Violence to the Conversation of Mankind“ von Jonathan Glover. Es ist ein großartiges Buch, aber super schwierig, und ich lese es langsam. Ich werde auch Ilan Pappes „The Biggest Prison on Earth“ und eine Menge hebräischer Prosa mitbringen. Ich habe eine CD von Johnny Cash, „At Folsom Prison“, die er in einem US-Bundesgefängnis aufgenommen hat. Ich habe auch eine OutKast-CD, die ich von dem Verweigerer Ben Arad bekommen habe und die ich sehr gerne mitnehmen möchte.

Greenberg: Ich habe mehrere Bücher über Wirtschaft. Mein Ziel ist es, die Legitimität zu haben, eine wirtschaftliche Meinung zu äußern, denn im Moment verstehe ich die Wirtschaft nicht. Ich habe zum Beispiel ein Buch über die vietnamesische Wirtschaft.

Moav: Ich werde einige gute Werke von Marx und andere Klassiker mitbringen, die ich im Gefängnis leichter lesen kann. Ich muss weiter lernen.

Itamar, du bist in einem ultra-orthodoxen Elternhaus aufgewachsen, und an dem Tag, an dem du im Rekrutierungszentrum auftauchst, demonstrieren Haredim-Demonstranten am selben Ort gegen die Militärdienstpflicht. Wie siehst du deren Kampf gegen die Militärdienstpflicht?

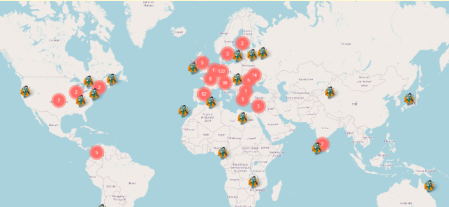
Greenberg: Ich kann die Begründung der Ultra-Orthodoxen für ihre Weigerung, sich registrieren zu lassen, verstehen: Es verstößt gegen ihre Religion, also haben sie kein Interesse daran, sich damit abzufinden. Ich kann auch das Gefühl der „Dalabim“ [ein hebräisches Akronym für „Demokratie nur für Juden“, das sich auf den Großteil der letztjährigen Massenprotestbewegung gegen die Rechtsreform der rechts-extremen Regierung bezieht] verstehen, dass die [Sicherheits-]Last gleichmäßig verteilt werden sollte.

Wir müssen daran arbeiten, die Ultraorthodoxen in die israelische Gesellschaft zu integrieren und auf Gleichheit hinzuarbeiten - aber nicht durch Gleichheit beim Töten und Unterdrücken. Wenn wir mit 300.000 Soldaten keine Sicherheit hatten, dann werden wir auch mit 360.000 Soldaten keine Sicherheit haben.

Quelle: Oren Ziv: Three Israeli army refusers: „We will not participate in genocide“. Magazin +972, 7. August 2024, <https://www.972mag.com/israeli-army-refuseniks-moav-mueller-greenberg/> Der Beitrag wurde veröffentlicht in: Connection e.V. (Hrsg.): Rundbrief »KDV im Krieg«, Ausgabe September 2024

Globale Aktion - Refuse War!

Überall auf der Welt töten Kriege Millionen von Menschen, sie zerstören Gemeinschaften und unsere Umwelt. Während die Zukunft der Menschheit durch Kriege ausgeplündert wird, füllen sich die Taschen der Kriegsgewinner, vor allem der Rüstungsindustrie. Doch wo es Krieg gibt, gibt es auch Menschen, die sich dem Krieg und der Kriegsmaschinerie widersetzen. Seit dem Internationalen Tages der Kriegsdienstverweigerung (15. Mai) 2024 sammelt die **#ObjectWarCampaign** Stimmen zur Unterstützung um das Recht auf Kriegsdienstverweigerung weltweit zu stärken. Auch eure Stimme ist gefragt!



JETZT MITMACHEN unter: refusewar.org





Jenseits des großen Knalls

Von Thomas Roithner und Fabian Hämmerle

Nukleares Ungemach zeigt sich auch abseits der Verhinderung eines Atomkrieges. Es spießt sich mitunter an atomaren Hintertüren, Atomkraft im Krieg, nuklearer Teilhabe oder spaltbarem Material. Eine Spurensuche nach Vertrauensbildung.

Wenn mal der Wurm in einer Beziehung ist und kein Vertrauen mehr da ist, klappt der Rest auch nicht mehr so. Und das mit dem Vertrauen ist kompliziert. Australien, United Kingdom und die United States stecken hinter der Abkürzung AUKUS. Australien bezieht und entwickelt über AUKUS-Strukturen U-Boote mit nuklearem Antrieb. Grundsätzlich ist dies erlaubt. Die Weitergabe von hochangereichertem Uran nützt ein Schlupfloch in den Überprüfungsmechanismen der Atomenergiebehörde (IAEA). Dies gilt auch für gering angereichertes Uran, es birgt aber weniger militärisches Risiko. Kern der Sache: Wie, wann und wo findet die IAEA dann die U-Boote mit hochangereichertem Uran, um dieses Uran betreffend waffenfähige Verwendung zu überprüfen? Auch in diesem Fall gibt es Sicherheitsmaßnahmen, um die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen ein-

zudämmen. Das Problem ist aber die Schaffung eines Präzedenzfalls, der anderen dazu dienen kann, sich über diesen Weg waffenfähiges Material zu besorgen. Und all das macht in Peking nicht zuletzt wegen der geographischen Nähe ordentlich Wellen. Die USA fischen nach Lesart Chinas in deren Meer und reizen den ohnehin alarmierten Drachen. Des Pudels Kern: im Zusammenhang mit sino-amerikanischen Konflikten um Rüstung, Raketen und Revenue braucht es Dialogstifter:innen und keine Dealmaker.

Eine weitere Baustelle im nuklearen Feld ist das russisch besetzte ukrainische AKW Saporischschja. Eine Katastrophe ist in niemandes Interesse. Das Neuland: ein AKW im Kriegsgebiet. Rafael Grossi, Generaldirektor der IAEA, und sein Team ringen seit 2022 gemäß internationalen Richtlinien immer wieder um

entsprechenden Zugang zum AKW, um die Existenz und Sicherheit des nuklearen Materials zu überprüfen. Kriegsverlauf und somit Geopolitik bestimmen, dass der Zugang zum AKW gegenwärtig nach russischer Pfeife tanzt. Neben Störfällen von AKWs im Allgemeinen gilt hier das zusätzliche Risiko von Unfällen, Irrläufern, mangelnder Wartung oder dem Vorsatz des Beschusses einzelner Kriegführender. Um Katastrophen zu verhindern, braucht es effektive multilaterale Institutionen, die Technisches im Griff haben und das Vertrauen aller genießen. Besonders, weil die zivile und militärische nukleare Nutzung auch zusammenhängen.

Atomwaffen anderswo

Die nukleare Teilhabe ist nach der Ankündigung Russlands, Atomwaffen in Belarus zu stationieren, stärker in den Fokus gerückt. Teil-

habe heißt, die nuklearen Potenziale bleiben im Besitz und unter Kontrolle Russlands und stehen in Belarus. Die Bedrohung rückt damit geographisch näher und im Krisenfall werden Vorwarnzeiten verringert. Wenn Vertrauen fehlt und geopolitische Spannungen zunehmen, dann rückt die gefährliche und vermeintlich überzeugende Logik der atomaren Abschreckung wieder in den Mittelpunkt. Die Logik der Abschreckung funktioniert so lange, bis sie eben nicht mehr funktioniert und gilt hüben wie drüben.

So wurde in Polen eine Debatte eröffnet, US-Atomwaffen auch dort im Rahmen der nuklearen Teilhabe der NATO zu stationieren. Polen kann sehen, dass US-Atomwaffen schon viele Jahre in Deutschland, Italien, den Niederlanden, Belgien und der Türkei einsatzbereit liegen. Dieser Argumentationslinie folgen nun auch Russland und Belarus – wie du mir, so ich dir. Alle sehen dabei das Recht auf ihrer Seite. Fatal ist das heutige Stationieren von Raketen und Atomwaffen auch deshalb, weil Rüstungskontroll- und Abrüstungsverträge wie auch Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM) nunmehr weitgehend perdu sind. Die Spirale aus Rüstung, Nachrüstung und mangelndem Vertrauen zeigt sich nicht nur im nuklearen Bereich.

Sicherheit neu denken

Internationale Foren transportieren nicht selten das Bild von Streithähnen. In einer Konfrontationslogik stellen Staaten Sicherheit her, indem sie allein oder im Bündnis rüsten und abschrecken. Ein wieder um sich greifender Gedanke.

Sicherheit neu zu denken heißt, die Konfliktursachen in Blick zu nehmen, gemeinsame Interessen herauszuarbeiten und Sicherheit nicht nur für Staaten, sondern menschliche Sicherheit zu verfolgen. Kürz-

lich offenbarte ein Diplomat unter vier Augen, warum er zur internationalen Konferenz zur nuklearen Abrüstung nach Wien kommt. Ja, die schöne Stadt natürlich. Aber es geht ihm um Wertschätzung für die Positionen aus dem globalen Süden, das Ernstgenommen-werden und dass im Atomwaffenverbotsvertrag auch ein wenig seine Handschrift sichtbar ist. Das Gemeinsame in einer Welt von Trennendem.

Thomas Roithner, Friedensforscher, Mitarbeiter im Internationalen Versöhnungsbund und Privatdozent für Politikwissenschaft an der Uni Wien.

Fabian Hämmerle, Historiker und Vorstandsmitglied bei ICAN Austria – Kampagne zur Abschaffung von Nuklearwaffen.

Aus unserer Leseliste



Johannes Zang: Kein Land in Sicht? Gaza zwischen Besatzung, Blockade und Krieg. PapyRossa Verlag, Köln 2024; ISBN 978-3-89438-835-5

Der Autor Johannes Zang hat seit 1985 fast 10 Jahre in Israel und Palästina gelebt und gearbeitet und den Gazastreifen insgesamt etwa 30 Mal besucht. In den letzten Jahren hat er v.a. (Pilger:innen-)Reisen in die Region geleitet und mehrere Bücher veröffentlicht, über die er auch gern in Vorträgen, Diskussionen oder Interviews berichtet (<https://jerusalem.info/>).

Im Vorwort schreibt er über die Ziele dieses aktuellen Buches (abgeschlossen am 1.6.2024): „Es möchte ... bis heute offene Wunden des des Konflikts beleuchten; kaum bekannte Facetten der Militärbesatzung, der Blockade Gazas und des gewaltfreien Widerstands benennen; einige Aspekte des Massakers und des folgenden Krieges schildern sowie Pläne und Visionen ‚am Tag danach‘ aufzeigen.“ (S. 9)

Er macht das in Form von über 100 ein- bis zweiseitigen Mosaiksteinen, die als Fragen formuliert sind – rund um sieben Themenbereiche: die Zeit bis 1967, die israelische Besatzung von 1967 bis heute, die Blockade, die Hamas, vom widerständigen Alltag in Gaza, der 7. Oktober 2023 und der Krieg ab dem 7.10. und seine Folgen. Durch ihre Kürze und Prägnanz sind die einzelnen Abschnitte „nur“ exemplarisch und leicht lesbar, die Hintergrundinformationen sind in über 500 Anmerkungen, Literaturempfehlungen und einer Zeittafel zusammengefasst. Als Beispiele für zwei behandelte Fragen seien hier die Kapitel „Seit wann benutzt die israelische Armee IDF ‚menschliche Schutzschilde‘?“ (S. 172) und „Benutzt die Hamas die Zivilbevölkerung als ‚menschliche Schutzschilde‘?“ (S. 174) genannt.

Die Antworten darauf werden hier nicht verraten, sondern in Zangs leistungswertem Buch ausgeführt. Insgesamt stellt es einen gelungenen Versuch dar, weniger bekannte Fakten zu berichten und Stimmen von Menschen jenseits der jeweiligen Kriegspropaganda hörbar zu machen und dieser so trotz allem entgegenzuwirken.

Gelesen von Pete Hämmerle

